

Nicht anwesend sind:

sachkundige Einwohner

Herr Jan Hanisch	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Dr. Timo Jacob	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Steffen Pfrogner	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Kai Weber	SPD	entschuldigt
Herr Rudi Wiggert	SPD	entschuldigt

Gäste:

Herr Goetzmann (Stadtplanung und Stadterneuerung)
Frau Holtkamp (Verbindliche Bauleitplanung)
Herr Röder (Bereich Verkehrsanlagen)
Frau Engelbrecht (Stadterneuerung)
Herr Beck (Bauordnung)
Herr Frerichs (Wirtschaftsförderung)
Herr Wolfram (Stadtentwicklung)
Herr Becker (Bereich Verkehrsanlagen)
Frau Schneider (Grünflächen)
Herr Claussen (Stadterneuerung)
Herr Sabo (Rederecht zu TOP 3.4)
Frau Kuster (Rederecht zu TOP 3.7)
Herr Dr. Lohr (Projektentwickler – zu TOP 3.6)

Niederschrift
Frau Kropp

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 25.09.2012 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 3.1 Verkehrslösung 2020 (Wiedervorlage)
Vorlage: 12/SVV/0098
Fraktionen SPD, CDU/ANW

- 3.2 Tempo 30 in schadstoffbelasteten Stadtgebieten (Wiedervorlage)
Vorlage: 12/SVV/0214

Fraktion Die Andere
Äa FDP

- 3.3 Bebauungsplan Nr. 123 "Wissenschaftspark südlicher Telegrafenberg"
Satzungsbeschluss (Wiedervorlage)
Vorlage: 12/SVV/0517
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
SB (ff)
- 3.4 Erhalt des Standortes der WagenHausBurg Hermannswerder
Vorlage: 12/SVV/0468
Fraktion DIE LINKE
Äa Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 3.5 B-Plan für das Bornstedter Feld
Vorlage: 12/SVV/0534
Fraktion SPD
- 3.6 Brücke über die Nutheschneelstraße
Vorlage: 12/SVV/0596
Fraktion DIE LINKE
- 3.7 Langer Stall
Vorlage: 12/SVV/0611
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 3.8 Gewerbeansiedlung im Kirchsteigfeld (Wiedervorlage)
Vorlage: 12/SVV/0421
Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung
- 3.9 Statusbericht Regionaler Wachstumskern Potsdam 2012 (Wiedervorlage)
Vorlage: 12/SVV/0471
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 3.10 Reserven für Bauflächen bzgl. DS-Nr. 09/SVV/0953 (Wiedervorlage)
Vorlage: 12/SVV/0337
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
und betroffene Ortsbeiräte
- 3.11 Kinderspielplatz Thaerstraße bzgl. Beschluss 11/SVV/0790 (Wiedervorlage)
Vorlage: 12/SVV/0332
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

- 3.12 Bericht zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung (Wiedervorlage)
Vorlage: 12/SVV/0423
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

- 3.13 Kenntnisnahme des Ergebnisses: Der "Machbarkeitsstudie" Thoma Karree
(Wiedervorlage)
Vorlage: 12/SVV/0424
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

- 4 Mitteilungen der Verwaltung

- 4.1 StEK Verkehr - Verständigung zum weiteren Verfahren nach Durchführung der
öffentlichen Informations- und Diskussionsveranstaltungen (entsprechend Fest-
legung in SB-Ausschuss 04.09.2012)
Behandlung im Zusammenhang mit dem Antrag 12/SVV/0098 TOP 3.1

- 4.2 Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 16.08.2012
bis 05.09.2012 und vom 06.09.2012 bis 26.09.2012 sowie Beantwortung der
Nachfragen aus den Sitzungen 14.8.2012 und 4.9.2012
Bereich Bauordnung

- 4.3 BE Wettbewerbsergebnis Langer Stall (entspr. Ankündigung in SB-Ausschuss
14.08.2012)
FB Stadtplanung und Stadterneuerung
Behandlung im Zusammenhang mit dem Antrag 12/SVV/0611 - TOP 3.7

- 4.4 BE Abriss und Ausgleichsmaßnahmen ehem. Intershop/Radhaus in der Scho-
penhauerstr. (entspr. Ankündigung in SB-A. 14.8.)
FB Grün- und Verkehrsflächen

- 4.5 BE Ergebnis der Informationsveranstaltung zur Baumaßnahme Friedrich-Ebert-
Straße
FB Grün- und Verkehrsflächen

- 5 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung**

Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Kutzmutz.

zu 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 25.09.2012 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen vom 25.09.2012 erklärt Herr Kirsch, dass er sich zum TOP 3.8 Bebauungsplan Nr. 125 "Uferzone Griebnitzsee", Änderung des Geltungsbereichs, Abwägung und Satzungsbeschluss für befangen erklärt hat und bittet dies im Protokoll nachzutragen.

Die Niederschrift wird mit dieser Ergänzung mit 11 Ja-Stimmen bestätigt.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung informiert der Ausschussvorsitzende, dass ihm 2 Anträge auf Rederecht vorliegen.

Zum TOP 3.4 Erhalt des Standortes der WagenHausBurg Hermannswerder von Herrn Carol Sabo und zum TOP 3.7 Langer Stall von Frau Kuster (BI Mitteschön).

Herr Heuer bittet den TOP 3.1 Verkehrslösung 2020 weiterhin so lange zu vertagen, bis das STEK Verkehr aufgerufen und behandelt wird. Gleiches regt er für den folgenden TOP 3.2 Tempo 30 in schadstoffbelasteten Stadtgebieten an.

Durch den Ausschussvorsitzenden wird bestätigt, dass noch nicht aus allen Fraktionen die von der Verwaltung erbetenen Rückmeldungen eingegangen sind und spricht sich ebenfalls für eine Vertagung aus. Herr Goetzmann (Stadtplanung und Stadterneuerung) hat angekündigt beim TOP 4.1 nochmals zum Prozedere zu informieren.

Herr Püschel stimmt der Vertagung des TOP's 3.2 zu.

Weiterhin informiert der Ausschussvorsitzende, dass durch die Grüne-Stadtfraktion die Bitte von Frau Hüneke übermittelt worden ist, dass zu folgenden Themen in der o.g. Sitzung Informationen aus der Bauverwaltung gewünscht werden:

1. Campus Jungfernsee
 - Genaue Straßenbauplanung "Nedlitzer Straße"
 - Erschließungsstand des Campusgeländes
2. Stand der Ausbauplanung "Schulstraße"

Zusätzlich erfolgte ein Anruf durch Herrn Pfrogner mit der Erinnerung, dass ebenfalls heute durch die Verwaltung zum Verfahren des Städtebaulichen Wettbewerbes Brauhausberg (unter Bezug auf den Beschluss der STVV 19.9.12) informiert

wird. Die Information konnte aufgrund der Beendigung der vergangenen Sitzung am 25.09.2012 um 22.00 Uhr nicht mehr erfolgen.

Die entsprechend veränderte Tagesordnung wird bestätigt.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Verkehrslösung 2020 (Wiedervorlage)

Vorlage: 12/SVV/0098

Fraktionen SPD, CDU/ANW

Vertagt – sh. Verständigung zur Tagesordnung.

zu 3.2 Tempo 30 in schadstoffbelasteten Stadtgebieten (Wiedervorlage)

Vorlage: 12/SVV/0214

Fraktion Die Andere

Äa FDP

Vertagt – sh. Verständigung zur Tagesordnung.

zu 3.3 Bebauungsplan Nr. 123 "Wissenschaftspark südlicher Telegrafenberg"

Satzungsbeschluss (Wiedervorlage)

Vorlage: 12/SVV/0517

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

SB (ff)

Frau Holtkamp (Verbindliche Bauleitplanung) bringt die Vorlage ein.

Frau Hüneke erkundigt sich, in wie fern sich der Stand im Vergleich zum letzten Stand (Auslegungsbeschluss) verändert hat und nach den Eingriffen in die Schutzgüter.

Herr Goetzmann (Stadtplanung und Stadterneuerung) berichtet, dass nach dem Stand der aktuellen Diskussion erkennbar ist, dass kleinere Ergänzungen im Bereich des Geoforschungszentrums (Bereich der Laborkapazitäten) notwendig werden.

Für weitere Erweiterungsbedarfe müssen Wege gefunden werden, die nicht auf dem Telegrafenberg selbst sein werden.

Bzgl. der Frage von Frau Hüneke informiert Frau Holtkamp, dass die zusammenfassende Gegenüberstellung von Eingriff und Ausgleich auf S. 80, Tabelle 5: Schutzgutbezogene Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung Teilfläche 1 dargestellt worden ist.

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Im Rahmen der Abwägung gemäß § 1 Abs. 6 des Baugesetzbuchs (BauGB) wird über die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplan Nr. 123 "Wissenschaftspark südlicher Telegrafenberg" entschieden (s. Anlage 1).
2. Der Bebauungsplan Nr. 123 "Wissenschaftspark südlicher Telegrafenberg" wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen, die dazugehörige Begründung wird gebilligt (s. Anlage 2).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	11
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 3.4 Erhalt des Standortes der WagenHausBurg Hermannswerder

Vorlage: 12/SVV/0468

Fraktion DIE LINKE

Äa Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Jäkel bringt den Antrag 12/SVV/0468 ein und erklärt, dass er den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen übernehmen wird.

Frau Hüneke bringt folgenden Änderungsantrag ein:

"Der Beschluss der Drucksache 12/SVV/0570 am 12.09.2012 im Hauptausschuss wird aufgehoben.

Für das Gebiet an der Fährwiese Hermannswerder wird ein B-Plan aufgestellt."

Frau Hüneke erläutert, dass mit dem Änderungsantrag die Vornahme der Reduzierung auf ein notwendiges Volumen verfolgt wird, verbunden mit der Anregung im Bebauungsplanverfahren über die städtebauliche Entwicklung des Areals zu reden. Hinsichtlich der angesprochenen Reduzierung informiert Frau Hüneke, dass nicht das gesamte Areal von weiterer Bebauung freigehalten werden solle, sondern nur die für die WagenHausBurg benötigte Fläche.

Herr Carol Sabo (Anwohner) nimmt das Rederecht wahr. Bezugnehmend auf den Beschluss des Hauptausschusses stellt er dar, dass es das Projekt WagenHausBurg faktisch in 5 Jahren nicht mehr geben wird. Seines Erachtens sei die Zusage, dass die Möglichkeit der Machbarkeit geprüft werde, nicht erfüllt worden. Herr Sabo regt an, ein neues Wertgutachten zu erstellen. Dies könne gemeinsam von der Stadtverwaltung und den Bewohnern WagenHausBurg getragen werden. Zielstellung sei der Erhalt des Projektes.

Herr Kirsch hinterfragt in Bezug auf den Änderungsantrag von Frau Hüneke die wirtschaftliche Machbarkeit der Umsetzung und bittet Frau Hüneke, entsprechendes Zahlenmaterial zu Protokoll zu geben, so dass man sich anschließend darüber verständigen könne.

Frau Hüneke antwortet, dass das Wertgutachten von verschiedenen Grundgutachten ausgehe. Es wird nur ein Bruchteil der Fläche gebraucht. Deshalb sollte ermittelt werden, um welche Fläche es geht, um dann den entsprechenden Wert feststellen zu können.

Ein definiertes Grundstück ist für die Beurteilung erforderlich. Frau Hüneke sagt zu, entsprechendes Zahlenmaterial zu Protokoll zu geben.

Herr Lehmann teilt mit, dass er dem Antrag nicht zustimmen wird. Er verweist dabei auf die ausgereichte Tischvorlage (e-mail vom 16.10.12 – Gemeinschaftsprojekt Hermannswerder). Bildlich dargestellt ist hier eine großzügige Nutzung. Die Beibehaltung dieser Nutzung widerspreche einer Parzellierung der Fläche.

Herr Goetzmann (Stadtplanung und Stadterneuerung) greift den Zusammenhang zwischen dem Antragsinhalt und der städtebaulichen Entwicklung auf. Die Entscheidung der Stadt, wie sie mit ihrem Grundstücksvermögen umgeht, ist eine Frage der Grundstücksverwaltung, nicht der Bauleitplanung. Er verweist hier auf das Haushaltssicherungskonzept.

Für die Auseinandersetzung, wie die Stadt mit ihrem Vermögen umgeht, sei kein Bebauungsplan erforderlich.

Aus diesem Grunde spricht sich Herr Goetzmann gegen den Änderungsantrag aus.

Vielmehr müsse erst geklärt werden, ob der Beschluss des Hauptausschusses aufgegeben werden soll.

Herr Cornelius berichtet, dass er an einem Vor-Ort-Termin teilgenommen hat. Seines Erachtens sollten Überlegungen erfolgen, ob das Projekt an anderer Stelle fortgesetzt werden kann, an der es verträglich ist und kein Verzicht auf Wohnungsbau erforderlich ist.

Frau Hüneke betont nochmals, dass mit dem Antrag kein Verzicht auf Haushaltskonsolidierung oder Wohnungsbau bezweckt ist. Sie schlägt vor, den 2. Satz ihres Änderungsantrages herauszunehmen und stattdessen einzufügen: "Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein städtebauliches Konzept für diesen Bereich zu entwickeln und vorzuschlagen."

Herr Püschel bemerkt, dass an dieser Stelle vermutlich kein bezahlbarer Wohnraum gebaut werden wird.

Herr Heuer verweist auf die bestehende Beschlusslage aus dem Hauptausschuss. Damit bestehe für das Projekt Sicherheit für 5 Jahre. Ohne belastbare Zahlen könne er sich den Anträgen nicht anschließen.

Der wie folgt geänderte Gesamtantrag (Antrag der Fraktion DIE.LINKE, einschl. des übernommenen geänderten Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) wird zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit den Bewohner/innen der Wagen-HausBurg in Verhandlungen zum Abschluss eines Erbbaurechts- bzw. Kaufvertrages für den jetzigen Standort Tornowstraße 38 auf Hermannswerder einzutreten.

Über die jeweiligen Ergebnisse der Gespräche ist der Hauptausschuss alle zwei Monate, beginnend im Oktober 2012, zu informieren.

Der Beschluss der Drucksache 12/SVV/0570 am 12.09.2012 im Hauptausschuss wird aufgehoben.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt ein städtebauliches Konzept für diesen Bereich zu entwickeln und vorzuschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	5
Stimmhaltung:	1

Damit empfiehlt der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 3.5 B-Plan für das Bornstedter Feld
Vorlage: 12/SVV/0534
Fraktion SPD

Herr Heuer bringt den Antrag ein und berichtigt, dass das Wort "westlich" gegen "östlich" auszutauschen ist.

Herr Goetzmann (Stadtplanung und Stadterneuerung) stellt dar, dass das Anliegen, welches mit dem Antrag verfolgt wird, eigentlich genau das ist, was die Verwaltung tut. Diese Aufgabe wird jedoch nicht in der Eigenschaft als Gesellschaftsvertreter wahrgenommen, sondern in ihrer Eigenschaft als Treugeber. Zwingende Voraussetzung in einem Entwicklungsbereich ist, dass für alle Flächen Bebauungspläne aufzustellen sind. Ohne einen gültigen Bebauungsplan kann auf der Fläche nicht gebaut werden. Überdies wird der wesentliche Bereich dieser Fläche als Außenbereich beurteilt und es wurden hier nur Bauvorhaben zur befristeten Nutzung im Zusammenhang mit der Bundesgartenschau bzw. einer temporären Nutzung genehmigt.

Herr Goetzmann stellt klar, dass niemand Flächen erwerben wird, ohne zu wissen, dass es ein Baurecht darauf gibt. Zielgerichtet sollten deshalb die Ergebnisse aus dem noch aktuell laufenden städtebaulichen Wettbewerb unter Einbeziehung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen in ein Bebauungsverfahren überführt werden. Auf der Grundlage der Beiträge zum städtebaulichen Wettbewerb können Diskussionen zu den genauer festzulegenden Planungszielen in einem Bebauungsplan hinreichend konkret geführt werden. Bevor Gespräche mit potentiellen Bewerbern vor der Planreife geführt werden, wird mindestens zweimal im Gremium beraten werden.

Herr Heuer bittet trotz der Ausführungen von Herrn Goetzmann um Abstimmung seines Antrages.

Herr Klipp ergänzt, dass die Aufstellung des Bebauungsplanes durch diesen Antrag beschleunigt, d.h. eher Baurecht geschaffen wird.

Herr Heuer greift den Hinweis auf und äußert, dass es nicht um das „Ob“ geht, sondern die Frage, wie gebaut wird, dann Gegenstand des Bebauungsplanverfahrens sein wird.

Herr Kirsch versteht den Antrag als Prüfauftrag und erkundigt sich, ob die im Beschlusstext angesprochenen gegenwärtigen Interimsnutzungen als Vorgaben für den Aufstellungsbeschluss verstanden werden sollen?

Herr Heuer erläutert, dass er mit dem Antrag einen geordneten Prozess anschieben möchte; ohne eine konkrete Vorfestlegung.

Frau Hüneke spricht sich dafür aus, den Antrag zu beschließen. Im Bebauungsplanverfahren könne darüber gesprochen werden.

Herr Teuteberg versteht den Antrag so, dass das Verfahren beschleunigt werden soll. Das Wort "wie" im Satz "Im Zuge der Aufstellung ist zu prüfen, wie die gegenwärtigen Interimsnutzungen....." suggeriert, dass es weiterhin ein Zirkusstandort bleiben sollte. Von daher regt Herr Teuteberg an, das Wort "wie" gegen "ob" auszutauschen.

Den Hinweis aufgreifend informiert Herr Heuer, dass mit dem Wort "ggf." die Interpretation des Wortes "ob" gemeint ist und somit keine Änderung erforderlich ist.

Herr Goetzmann berichtet abschließend zur Zeitplanung, dass das Wettbewerbsverfahren zurzeit läuft. Anfang November 2012 wird es abgeschlossen sein. Anschließend werden gemeinsam mit dem Entwicklungsträger Bornstedter Feld die Wettbewerbsergebnisse ausgewertet, so dass die nächsten Verfahrensschritte in der 1. Hälfte 2013 vorgestellt werden können.

Der durch den Antragsteller geänderte Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, in seiner Eigenschaft als Gesellschaftsvertreter dafür Sorge zu tragen, dass das ~~westlich~~ **östlich** vom B-Plan Nr. 81

(BUGA-Park) gelegene Areal nicht durch die ProPotsdam veräußert bzw. bebaut wird, bevor ein rechtsgültiger Bebauungsplan existiert. Die zur Aufstellung eines Bebauungsplanes erforderlichen Schritte sind zeitnah einzuleiten. Im Zuge der Aufstellung ist zu prüfen, wie die gegenwärtigen Interimsnutzungen als Partygärten, Beachvolleyballplätze und Zirkusstandort ggf. erhalten und integriert oder verlagert werden können.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	3

zu 4.3 BE Wettbewerbsergebnis Langer Stall (entspr. Ankündigung in SB-Ausschuss 14.08.2012)
FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Behandlung im Zusammenhang mit dem Antrag 12/SVV/0611 - TOP 3.7

zu 3.7 Langer Stall
Vorlage: 12/SVV/0611
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Kuster (BI Mitteschön und Förderverein Garnisonkirche) nimmt das Rede-recht wahr.

Sie informiert, dass sich die Lage des Grundstückes in unmittelbarer Nähe der Garnisonkirche und der Plantage befindet und die Bebauung deshalb sensibel erfolgen sollte. Frau Kuster vertritt die Auffassung, dass die Planungsvorgaben einer Wiederherstellung des historischen Ensembles nicht entgegen stehen dürfen. Sie hält die Entwürfe des Architektenwettbewerbes in keiner Weise für akzeptabel.

Frau Hüneke bringt den Antrag in geänderter Fassung ein. Der zweite Satz des Beschlusstextes ist gegen folgenden Halbsatz auszutauschen: "das Bebauungsplanverfahren umgehend fortzusetzen."

Frau Hüneke erinnert, dass sie bereits im Rahmen der Behandlung des Auslegungsbeschlusses für den B-Plan Nr. 1 "Neuer Markt/Plantage" am 28.09.2010 folgenden Änderungsantrag gestellt hat, " An der Westseite (zur Plantage) des Langen Stalls die Firsthöhe von 48,47 m ü.NHN und eine Traufhöhe von 36,82 m ü.NHN festzusetzen." Dieser ist knapp mit 2/2/2 abgelehnt worden. Auch die erneute Antragstellung in der Stadtverordnetenversammlung am 2.10.2010 wurde mit 21/19 Stimmen abgelehnt. Aufgrund der jeweils knappen Entscheidungsergebnisse hält Frau Hüneke für denkbar, dass dem v.g. Ansinnen nach der Auslegung doch noch gefolgt werden könne. Frau Hüneke hinterfragt kritisch, ob ein Ideenwettbewerb die künftigen Festlegungen des Bebauungsplanes vorfestlegen könne?

Frau Engelbrecht (Stadterneuerung) verweist auf die Problematik, dass es unterschiedliche Grundstückseigentümer gibt. Der nördliche Teil des ehemaligen Grundstücks des Langen Stalls ist in privatem Eigentum (ca. 40 m von 170 m Grundstückslänge des ehemaligen Langen Stalls). Aufgrund bestehender Bau-

vorbescheide liegt Baurecht vor. Es ist gelungen, den privaten Eigentümer, der für sein Grundstück bereits Anfang 2012 einen Bauantrag im Zusammenhang mit dem Umbau des Brockeschen Palais für Wohnen stellen wollte, für die Teilnahme und Mitwirkung am Wettbewerb sowie die Umsetzung eines Gesamtkonzeptes gewinnen zu können. Andernfalls wäre eine einheitliche Gestaltung der Neubebauung des ehemaligen Langen Stall-Grundstücks nicht mehr möglich gewesen. Der Bauherr hat sich bereiterklärt, entgegen seinen bisherigen Bauplanungen nun das Wettbewerbsergebnis auch auf seinem Grundstück umzusetzen.

Sie erläutert, dass der durchgeführte Wettbewerb der Ideenfindung für diesen wichtigen stadträumlichen Bereich diene. Nach jahrelanger kontroverser Diskussion um die mögliche Gestaltung des Neubaus sollte anhand unterschiedlicher Architekturkonzepte eine Entscheidung zum Langen Stall ermöglicht werden. Ziel war eine einheitliche und qualitätvolle Gestaltung des Langen Stalls, die sowohl seiner stadträumlich besonderen Bedeutung gerecht wird als auch auf dem gesamten Grundstück umsetzbar sein muss. Allen Wettbewerbsteilnehmern wurden in der Wettbewerbsauslobung die planungsrechtlichen Vorgaben des Bebauungsplanentwurfes Nr. 1 "Neuer Markt/Plantage" mitgeteilt. Die Festsetzungen des B-Plan-Entwurf lassen bewusst den Spielraum zwischen historischer Rekonstruktion oder moderner Neuinterpretation. Anhand des Planes führt Frau Engelbrecht aus, dass der Baukörper des Langen Stalls im B-Plan-Entwurf durch eine Baulinie (rote Linie) zur Plantage und Baugrenzen (blaue Linien) zum Innenbereich begrenzt sind. Die Baulinie erfordert ein exaktes Anbauen, so wird die einheitliche Bauflucht des künftigen Gebäudes zur Plantage sichergestellt. Die Baugrenze definiert die äußerste Begrenzung des Baufeldes, d.h. ein direktes Anbauen ist möglich aber nicht zwingend. Der Baukörper kann innerhalb des Baufeldes hinter der Baugrenze zurückbleiben. Diese Festsetzungen im Bebauungsplan sollen eine flexible Anpassung der Gebäudetiefe je nach Nutzungserfordernis des künftigen Gebäudes ermöglichen. Maximal ist eine Bautiefe von 23 m entsprechend dem historischen Grundriss des Langen Stall zulässig. Die Festsetzungen des B-Plan-Entwurfes für den Langen Stall ermöglichen eine maximal viergeschossige Bebauung. Das oberste Vollgeschoss kann als Dach oder Staffelgeschoss ausgebildet werden. Weiherhin ist eine Oberkante OK 41 m – 47 m festgesetzt. Die Höhenfestsetzungen sollen gewährleisten, dass das Schauportal nicht durch den Neubau des Langen Stalls beeinträchtigt wird.

Setzungen im Wettbewerb waren die Einhaltung der Gebäudehöhe und die Einhaltung der Bauflucht.zur Plantage Einzige Ausnahme ist die Querung der Wegeverbindung GFL 3. Für den öffentlichen Fuß- und Radweg GFL 3, der künftig straßenunabhängig den Neuen Markt mit der Plantage verbinden wird, ist im Gebäude eine Durchfahrt durch das Gebäude zu schaffen.

Frau Engelbrecht stellt im Einzelnen die 3 Preisträger und ihre Entwürfe vor. Der Siegerentwurf des "Städtebaulich-freiraumplanerischen Ideenwettbewerbs ehemaliger Langer Stall und alte Feuerwache" hält die Vorgaben des B-Plan-Entwurfes zum Langen Stall ein.

Die Entwürfe aller Teilnehmer sind in der 2. Etage dieses Hauses ausgestellt.

Frau Hüneke macht deutlich, dass ihrer Meinung nach dem Wettbewerb das mögliche Ergebnis einer Abwägung hätte zugrunde gelegt werden müssen und bittet mit diesem Antrag das Bebauungsplanverfahren fortzusetzen.

Herr Püschel schließt sich den Äußerungen von Frau Kuster an.

Herr Kirsch greift den Hinweis auf, dass es bereits Baurecht im vorderen Bereich gibt und fragt, ob aufgrund der Bauvorbescheide das Projekt umgesetzt werden könne? Er bittet um Information zum aktuellen Stand.

Frau Engelbrecht unterstreicht angesichts der erläuterten eigentumsrechtlichen und zeitlichen Rahmenbedingungen die Wichtigkeit der bauabschnittsweisen Realisierbarkeit der Bebauung durch verschiedene Bauherren. Der private Eigentümer will zeitnah bauen, aufgrund der bestehenden Bauvorbescheide kann ihm dies seitens der Stadt nicht verwehrt werden. Die restlichen Grundstücksflächen (alte Feuerwache) im Eigentum des Sanierungsträgers werden bis zur Vermarktung vorbereitet zwischengenutzt. Eine bauliche Entwicklung kann hier erst nach Abriss des Rechenzentrums sowie der Feuerwache erfolgen. Mit dem Wettbewerbsergebnis konnte das Einvernehmen mit dem privaten Eigentümer erzielt werden, dass der Lange Stall als einheitlich gestaltetes Gebäude umgesetzt wird.

Sie ergänzt, dass es sich bei Stellungnahmen im Rahmen der öffentlichen Auslegung in der Regel um Gestaltungswünsche handelt, die eine adäquate umsetzbare Nutzung des Gebäudes außer Acht lassen. Eine öffentliche Nutzung des Langen Stalls sei leider unrealistisch. In diesem Zusammenhang bittet sie die komplexe Ausgangslage und den erreichten Kompromiss zu beachten.

Herr Klipp äußert, dass es sich hier in Potsdam um einen inzwischen klassischen Fall handelt. Jeder ist dafür, dass ein Wettbewerbsverfahren durchgeführt wird, aber nur solange das Wettbewerbsergebnis gefällt. Der von Frau Hüneke angesprochene Beschluss der Stadtverordnetenversammlung mit 21 zu 19 Stimmen ist ein klarer Beschluss, welcher umgesetzt wurde.

Herr Klipp bestätigt hinsichtlich der Ausführungen von Frau Kuster, dass der Lange Stall früher in Form und Funktion ein großartiges Gebäude war, nur leider ist beides abhanden gekommen.

Die Unterbringung von Wohnnutzung ist schlichtweg Sanierungsziel und Ziel dieses Wettbewerbs gewesen. Herr Klipp versichert, dass das Wettbewerbsverfahren umgesetzt wird. Er ist froh, dass man die Zustimmung des privaten Grundstückseigentümers dazu erhalten habe.

Herr Klipp fasst zusammen, dass ein klares Wettbewerbsergebnis vorliegt. Dieses entspricht dem bisherigen Stand des Bebauungsplanverfahrens und entspricht der Zustimmung der Grundstückseigentümer (privat und Sanierungsträger Potsdam). Die Einnahmen werden dem Abriss des Rechenzentrums, der Wiederherstellung der Plantage und der Gestaltung des öffentlichen Raumes zu Gute kommen.

Aus diesem Grunde bittet Herr Klipp, das Wettbewerbsergebnis zu akzeptieren, das Ergebnis umzusetzen und das B-Plan-Verfahren fortzusetzen.

Frau Hüneke bringt in Erinnerung, dass sie den Wettbewerb schon vorher in Frage gestellt hat. Sie zeigt Unverständnis, dass seit dem Auslegungsbeschluss 2010 so viel Zeit verstrichen ist. Die knappe Entscheidung in der Stadtverordnetenversammlung zeigt, dass möglicherweise auch in anderer Richtung entschieden werden könnte.

Herr Goetzmann (Stadtplanung und Stadterneuerung) geht nochmals deutlich auf

die schwierige Ausgangslage ein. Die Verwaltung ist angesichts der komplexen Rahmenbedingungen stolz darauf mit dem privaten Grundstückseigentümer zu einer Einigung gekommen zu sein.

Der Ausschussvorsitzende verweist nochmals auf den durch Frau Hüneke geänderten Beschlusstext, der vermutlich etwas anderes aussagt, als Frau Hüneke tatsächlich möchte.

Frau Hüneke akzentuiert nochmals das Anliegen ihres Antrages: Solange bis der Bebauungsplan nicht beschlossen worden ist, soll das Wettbewerbsverfahren nicht umgesetzt werden. D.h. der Wettbewerb würde ausgesetzt werden.

Herr Goetzmann informiert, dass die nördlichen 40 m nicht von der Stadt verkauft worden sind. Hier handelt es sich um Privateigentum, welches nie Treuhandeigentum war. Die Ist-Situation ist Rechtslage. In diesem Hinblick verweist Herr Goetzmann darauf, dass bei einer Beschlussfassung der Beschluss durch den Oberbürgermeister beanstandet werden müsse, da ihm die Kommunalaufsicht nicht zustimmen würde.

Frau Hüneke bemerkt, dass auch der Verkauf von Privat an Privat nicht eine Fortsetzung des B-Plan-Verfahrens hätte verhindern dürfen.

Der durch den Antragsteller geänderte Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ~~umgehend dafür Sorge zu tragen, dass derjenige Entwurf für den Langen Stall weiterverfolgt wird, der den Vorgaben des B-Plan-Entwurfes insbesondere in Bezug auf die bauliche Figur des Langen Stalles und in Bezug auf die Dachform nahekommt.~~ **das Bebauungsplanverfahren umgehend fortzusetzen.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	2
Ablehnung:	7
Stimmenthaltung:	1

Damit empfiehlt der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 3.6 Brücke über die Nutheschneelstraße
Vorlage: 12/SVV/0596
Fraktion DIE LINKE

Herr Jäkel bringt den Antrag ein.

Herr Röder (Projektleiter für die Sanierung der Humboldtbrücke) gibt das Wort weiter an Herrn Dr. Lohr (Projektmanagement für Infrastruktur- und Wirtschaftsentwicklung).

Anhand einer Präsentation informiert Herr Dr. Lohr über die Baumaßnahme. Die L 40 ist eine der Hauptverkehrsadern der Landeshauptstadt Potsdam. Hinsichtlich der Bau- und Verkehrslogistik ist die Hauptvorgabe für das Verkehrsführungskonzept zur Baumaßnahme L 40 die weitestgehende Aufrechterhaltung von 4 Fahrspuren (2 + 2). Das Bau- und Verkehrslogistikkonzept/Verkehrskonzept ist ein System von vielen, voneinander abhängigen Maßnahmen. Die Verschiebung einer einzelnen Maßnahme beeinflusst das gesamte System.

Bezugnehmend auf die Intention des Antrages macht Herr Dr. Lohr auf die Folgen einer Verschiebung der Rückbaumaßnahme der Brücke vom Zentrum-Ost über die Nuthestraße aufmerksam:

- Die Aufrechterhaltung der 4spurigen Verkehrsführung ist während der Bauzeit nicht möglich, d.h. die Reduzierung auf 2 Fahrspuren ist erforderlich mit der Folge erheblichen Verkehrsstaus über mehrere Monate hinweg
- Die Fertigstellung des Vorhabens verzögert sich in das Jahr 2016
- Die Kosten der Baumaßnahme erhöhen sich um ca. 400 bis 500 T€.
- Fördermittel nach GVFG: Bewilligung nur bis 2015

Herr Lehmann unterbreitet in Bezug auf den Bauablauf folgenden Änderungsvorschlag:

Änderung in der 3. Zeile - Herausnahme nach dem Wort erst "zum Ende der Bauarbeiten (voraussichtlich 2015) erfolgt."

Statt dessen Ersatz durch "erst, wenn es der Bauablauf zwingend erforderlich macht."

Herr Jäkel äußert, dass er diese Änderung übernehmen würde.

Herr Röder berichtet aus der Versammlung im Frühjahr, dass dort durch Herrn Praetzel lediglich die Zusage zur Prüfung erfolgt ist. Über das Ergebnis hat Herr Dr. Lohr am Beginn dieses TOP's informiert.

Herr Kutzmutz als Antragsteller schlägt zum Verfahren vor, die hier heutigen Informationen zur Kenntnis und mit in die Fraktionen zu nehmen, so dass vor der nächsten Stadtverordnetenversammlung eine nochmalige Verständigung erfolgen kann, wie mit dem Antrag umgegangen werden soll.

Seitens der Ausschussmitglieder erfolgt Einverständnis.

Der Antrag wird in der Sitzung am 30.10.12 nochmals aufgerufen.

zu 3.8 Gewerbeansiedlung im Kirchsteigfeld

Vorlage: 12/SVV/0421

Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung

Herr Frerichs (Wirtschaftsförderung) informiert zur Thematik und geht auf vereinzelte Rückfragen der Teilnehmer ein.

Herr Goetzmann (Stadtplanung und Stadterneuerung) ergänzt zum Bebauungsplan, dass ein Änderungsverfahren eingeleitet worden ist. Zurzeit werden verschiedene Klärungen vorgenommen. In absehbarer Zeit wird eine Berichterstattung erfolgen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

zu 3.9 Statusbericht Regionaler Wachstumskern Potsdam 2012

Vorlage: 12/SVV/0471

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Wolfram (Stadtentwicklung) stellt ergänzend zum Statusbericht die Ergebnisse der IMAG-Beratung am 21.09.2012 vor. In der IMAG diskutiert der Regionale Wachstumskern Potsdam den Statusbericht und die prioritären Maßnahmen, die Federführung der IMAG (interministerielle Arbeitsgruppe) hat die Staatskanzlei.

Schwerpunkte der neuen Förderperiode des EFRE werden die Themen Bildung, Forschung und Gewerbe. Der Neubau von Infrastruktur, insbesondere Straßen, wird kaum noch förderfähig sein. Gute Aussichten bestehen für das Thema Nachhaltige Mobilität, insbesondere bei gemeinsamen Projekten mit dem Umland.

Zu einzelnen prioritären Maßnahmen:

Die Taktverdichtung bis Golm wurde bestätigt. Morgens und nachmittags wird es einen 20-Minuten-Takt bis Golm geben, sobald die Baustelle zwischen Potsdam und Berlin fertiggestellt ist.

Der zweite Bahnsteig in Griebnitzsee soll 2014 fertiggestellt werden.

Zum oberen Bahnsteig des Bhf. Pirschheide (Einbindung in Flughafen-Linie) befindet sich das Land in Verhandlung mit der Bahn, ein Zeitpunkt der Fertigstellung konnte noch nicht genannt werden. Die LHP fordert eine möglichst schnelle Fertigstellung.

Die Bahnanbindung Potsdam Hbf. über Golm nach Spandau wird vom MIL als interessante Ergänzung bewertet, es soll dazu weitere Gespräche geben.

Die Verlegung der Landesstraße L78/L79 ist zwar im beschlossenen Landesstraßenbedarfsplan enthalten, dieser ist aber nicht ausfinanziert. Die Maßnahme ist nach aktuellem Stand nicht unter den Maßnahmen, für die das Budget ausreicht. Deshalb will das Land nicht mit der nötigen Planfeststellung beginnen. Die LHP hatte gemeinsam mit Nuthetal den Planungsbeginn für 2013 gefordert.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

zu 3.10 Reserven für Bauflächen bzgl. DS-Nr. 09/SVV/0953

Vorlage: 12/SVV/0337

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
und betroffene Ortsbeiräte

Herr Wolfram bringt die Vorlage ein.

Herr Lehmann stellt die Anregung in den Raum, möglicherweise aus dem Ausschuss heraus eine Arbeitsgruppe zu bilden, die sich Gedanken machen, welche Änderungen herbeigeführt werden können, um insbesondere an sehr langen Straßen Potentiale für Bauflächen zu entwickeln.

Frau Hüneke spricht sich für diesen Vorschlag aus, obwohl der Zeitaufwand sicher recht hoch sein wird. Ein näheres Ausloten dieses Vorschlages in Gesprächen sei sinnvoll.

Herr Kirsch schlägt vor, 6 Straßen herauszusuchen, wo Lösungen denkbar wären. Die Idee an sich ist gut und sollte fraktionsübergreifend besprochen werden.

Der Ausschussvorsitzende regt an, dass sich die Bauausschussmitglieder untereinander verständigen und ggf. in einer der nächsten Sitzungen einen Vorschlag zur Umsetzung unterbreiten.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

zu 3.11 Kinderspielplatz Thaerstraße bzgl. Beschluss 11/SVV/0790

Vorlage: 12/SVV/0332

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Frau Schneider (Grünflächen) informiert, dass in der Bürgerversammlung vom 20.03.2012 die Ergänzung des Spielbereiches mit einem Federwippgerät für mindestens 2 Kinder vereinbart worden ist.

Nach Bekanntwerden der Genehmigung des Haushaltes durch die Kommunalaufsicht wurden durch den Bereich Grünflächen entsprechende Entsperrungsanträge gestellt. Die Ausschreibung des Spielgerätes erfolgt nach Entsperrung zusammen mit weiteren Spielgeräten für andere Spielplätze. Die Vergabe wird einen Zeitraum von ca. 4 Wochen in Anspruch nehmen. Die Lieferfristen der Spielgerätehersteller sind zum Ende des Jahres mit bis zu 8 Wochen einzukalkulieren. Das bedeutet, dass ein Einbau des Spielgerätes witterungsbedingt erst im Frühjahr 2013 realistisch ist.

Die vorhandene Spielkombination wird nach Ende der Nutzungsdauer und entsprechend den dann zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln in Rücksprache mit den Anwohnern ersetzt.

Herr Heuer äußert den Eindruck, dass die Frage der verkehrlichen Situation noch nicht ausreichend geklärt ist und richtet die Bitte an die Verwaltung, sich dieser Sache weiterhin anzunehmen.

Herr Klipp hinterfragt die haushaltstechnische Deckung. Aus den Mitteln für Gefahrenabwehr wäre dies nicht zu finanzieren.

Herr Heuer antwortet, dass es eher um gestalterische Maßnahmen ginge, wie z.B. das Versetzen der Parktaschen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

zu 3.12 Bericht zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung

Vorlage: 12/SVV/0423

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Seitens der Ausschussmitglieder erfolgen keine Nachfragen oder Hinweise.

Herr Klipp unterbreitet das Angebot bei konkreten Rückfragen die direkte Kontaktaufnahme mit den jeweiligen Gebiets- bzw. Themenbearbeitern zu suchen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

zu 3.13 Kenntnisnahme des Ergebnisses: Der "Machbarkeitsstudie" Thoma Karree

Vorlage: 12/SVV/0424

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Claussen (Stadterneuerung) informiert zum Sachverhalt und geht auf Rückfragen ein.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 StEK Verkehr - Verständigung zum weiteren Verfahren nach Durchführung der öffentlichen Informations- und Diskussionsveranstaltungen (entsprechend Festlegung in SB-Ausschuss 04.09.2012)

Herr Goetzmann (Stadtplanung und Stadterneuerung) ruft seine Rundmail an die Fraktionen vom 5.10.12 in Erinnerung. Rückmeldungen sind bisher aus der FDP-Fraktion, den Potsdamer Demokraten und heute von der CDU in Papierform erfolgt. Einschließlich der Stellungnahme der Fraktion DIE.LINKE, welche heute eingegangen ist.

Herr Goetzmann betont nochmals, dass grundsätzliche politische Forderungen in einem Rechenmodell schwer darstellbar sind.

Vielmehr sollte aus den Rückmeldungen deutlich hervorgehen

- welche der Maßnahmen aus dem STEK Verkehr entfernt werden sollen und

- welche Maßnahmen in das STEK Verkehr aufgenommen werden sollen.

Dies fließt in eine kostenaufwendige Rechnung ein, so dass das entsprechende Rechenszenario erstellt und auch vorgestellt werden kann.

Diese Zuarbeiten können in Form einer e-mail aus den Fraktionsgeschäftsstellen gesendet werden und sollten bis spät. Ende Oktober 2012 im Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung eingehen. Unter Berücksichtigung der notwendigen Vorbereitungszeit könnte dann eine Berichterstattung im SB-Ausschuss am 13. November 2012 erfolgen. Die Verwaltung wird den Gutachter, welcher die Berechnung macht, dann dazu einladen.

Herr Goetzmann ergänzt, dass zur Sitzung am 13.11.12 kein Abwägungsvorschlag vorgelegt wird.

zu 4.2 Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 16.08.2012 bis 05.09.2012 und vom 06.09.2012 bis 26.09.2012 sowie Beantwortung der Nachfragen aus den Sitzungen 14.8.2012 und 4.9.2012
Bereich Bauordnung

Aus der Liste vom 16.08.2012 bis 05.09.2012 wird um Vorstellung folgender Vorhaben gebeten:

Lfd. Nr. 30 02984-2012-03 Leipziger Str.

Aus der Liste vom 06.09.2012 bis 26.09.2012 wird um Vorstellung folgender Vorhaben gebeten:

Lfd. Nr. 9 03091-2012-36 Kaiser-Friedrich-Str. 44

Lfd. Nr. 20 03134-2012-36 Potsdamer Str. 172

Lfd. Nr. 21 03135-2012-36 Potsdamer Str. 172

Lfd. Nr. 29 03170-2012-36 Neue Kirschallee 8, 10

Lfd. Nr. 50 03246-2012-36 Siegwand-Sprotte-Str. 5

Lfd. Nr. 59 03301-2012-36 An der Wublitz 7, 11

Lfd. Nr. 62 03324-2012-36 Berliner Str. 123

Die Vorstellung der v.g. Vorhaben wird in der Sitzung am 30.10.2012 erfolgen.

Bzgl. der örtlichen Zuordnung zu den mehrfach genannten Vorhaben in der Bergstraße informiert Herr Beck (Bauordnung) im Nachgang der Sitzung, dass es sich um die Bergstraße auf dem ehemaligen Kasernengelände Krampnitz handelt. Es geht um Gebäude in der sogenannten Biedermeier Siedlung.

Herr Beck stellt die in den Sitzungen am 14.8.2012 und 4.9.2012 nachgefragten Vorhaben vor und geht auf Rückfragen der Teilnehmer ein.

zu 4.4 BE Abriss und Ausgleichsmaßnahmen ehem. Intershop/Radhaus in der Schopenhauerstr. (entspr. Ankündigung in SB-A. 14.8.)
FB Grün- und Verkehrsflächen

Frau Schneider (Grünanlagen) berichtet, dass für die Herstellung der Grünfläche der Abriss des ehem. Radhauses und die Entsiegelung der Fläche sowie die jeweils notwendigen finanziellen Mittel Voraussetzung ist.

Die Finanzierung der Abbrucharbeiten erfolgt über die Umsetzung der externen Ausgleichsmaßnahmen aus dem Bebauungsplan Nr. 95 Vogelweide. Die Ausschreibung für die Abbrucharbeiten wird Anfang November an die Firmen versandt. Zur Ermittlung eines wirtschaftlichen Angebotes wird als Fertigstellungstermin der 31.3.2013 festgelegt. Nach Abschluss der Maßnahme wird eine temporäre Zwischenbegrünung mit Rasen hergestellt.

Mit der Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Herstellung der Grünanlage wird frühestens ab 2018 gerechnet.

zu 4.5 **BE Ergebnis der Informationsveranstaltung zur Baumaßnahme Friedrich-Ebert-Straße**

FB Grün-und Verkehrsflächen

Herr Becker (Verkehrsanlagen) unterrichtet anhand einer Präsentation (sh. Anlage) über die durchgeführte Anwohnergemeinschaftsversammlung und die Ergebnisse der Prüfaufträge. Auf einzelne Rückfragen der Ausschussmitglieder geht Herr Becker ein.

zu 5 **Sonstiges**

Auf Bitte von Frau Hüneke informiert Herr Goetzmann (Stadtplanung und Stadterneuerung) zum Stand der **Erschließung des Campusgeländes Jungfernsee**. Mit der Fertigstellung des Gebäudes von SAP muss auch die Erschließung fertig sein (bis Juni 2013). Mit dem Knotenausbau soll in diesem Monat begonnen werden. Die erforderlichen Baumfällungen sind bzw. werden an Samstagen erfolgen. Für den Ausbau der Erschließungsanlagen in dem Wohngebiet startet die interne Erschließung im November 2012. Die Baumfällungen im 1. Quartal 2013.

Der 2006 beschlossenen Masterplan für dieses städtebauliche Konzept ist in einen Bebauungsplan eingearbeitet und immer wieder die Fällung der Eichen thematisiert worden. Dies ist sowohl 2008 im Zusammenhang mit der Auslegung, als auch 2009 im Zusammenhang mit dem Satzungsbeschluss dokumentiert worden.

Frau Hüneke widerspricht, dass sie sich die Stellungnahmen und Begründungen zu den B-Plänen angesehen habe; daraus war das große Ausmaß der Baumfällungen nicht erkennbar. Sie bedauert, dass die Straßenplanung bisher nicht im SB-Ausschuss vorgestellt worden ist.

Herr Goetzmann berichtet, dass die Maßnahme mit absolutem Hochdruck durchgeführt wird.

Auf die Bitte von Herrn Jäkel eine Planskizze der Straße/Bäume dem Protokoll dieser Sitzung beizulegen, antwortet Herr Goetzmann, dass diese im Bebauungsplan Nr. 83 unter www.potsdam.de angesehen werden könnten.

Herr Kühnemann fragt nach einer Gesamtdarstellung der Maßnahmen Campus, auch unter Einbeziehung der Straßenbahnverlängerung?

Herr Goetzmann informiert, dass es für die Straßenbahntrasse eine Planfeststellung gibt.

Frau Hüneke äußert, dass sie die Unterlagen gern einsehen würde.

Bzgl. der **Ausbauplanung "Schulstraße"** informiert Herr Goetzmann, dass die Berichterstattung bereits für die kommende Sitzung terminiert worden ist und bittet um Verschiebung.

Bzgl. der von Herrn Pfrogner übermittelten Bitte zum **Verfahren des Städtebaulichen Wettbewerbes Brauhausberg** zu informieren, teilt Herr Goetzmann mit, dass nach logischer Betrachtung die Auslobung für den Wettbewerb und die Ausführung zu den Inhalten des Auslobungstextes fertig sein sollte, bevor man in den Wettbewerb geht. Das ist unter dem gegebenen zeitlichen Druck jedoch nicht realitätsnah. In diesem Fall wird die Bearbeitung der Auslobung nach der Wettbewerbsankündigung erfolgen, so dass die teilnahmeberechtigten Büros frühzeitig informiert werden. Bis Ende dieser Woche ist diese fertig und wird erscheinen. Eine Presseinformation ist geplant.

Die Wettbewerbsauslobung muss dann bis Mitte November fertig sein.

Es ist vorgesehen im SB-Ausschuss am 13. November 2012 die Inhalte/Schwerpunkte des Auslobungstextes in den wesentlichen Punkten vorzustellen.

Wenn es Wunsch der Politik ist, den Auslobungstext selbst im Einzelnen redaktionell zu diskutieren, resultiert daraus eine Verschiebung des Badneubaus. Herr Goetzmann verweist hier auf den außerordentlich knappen Zeitplan. Zielstellung ist, bereits den nachfolgenden hochbaulichen Realisierungswettbewerb zur Sommerpause 2014 abgeschlossen zu haben.

Die Wettbewerbsjury für den städtebaulichen Wettbewerb soll deshalb schon im März 2013 entscheiden.

Rolf Kutzmutz
Ausschussvorsitzender

Viola Kropp
Niederschrift



Niederschrift

72. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen

Sitzungstermin:	Dienstag, 30.10.2012
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	19:50 Uhr
Ort, Raum:	Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Dr. Gabriele Herzel	DIE LINKE	
Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	
Herr Thomas Bachmann	SPD	ab 18.05 Uhr
Herr Marcus Krause	SPD	
Herr Peter Lehmann	CDU	
Frau Saskia Hüneke	Bündnis 90/Die Grünen	Leitung der Sitzung
Herr Wolfhard Kirsch	BürgerBündnis	

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Jana Schulze	DIE LINKE
Herr Wolfgang Cornelius	CDU

sachkundige Einwohner

Frau Kerstin Beyer	Behindertenbeirat
Herr Jan Hanisch	DIE LINKE
Herr Dr. Timo Jacob	DIE LINKE
Herr Frank Kulok	BürgerBündnis
Herr Christopher Kühn	FDP
Herr Dirk Kühnemann	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Steffen Pfrogner	DIE LINKE
Herr Christian Schirrholtz	Die Andere
Herr Wolfgang Schütt	CDU
Herr Rudi Wiggert	SPD

Beigeordnete

Herr Matthias Klipp	Beigeordneter
---------------------	---------------

Nicht anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Rolf Kutzmutz	DIE LINKE	entschuldigt
--------------------	-----------	--------------

Ausschussmitglieder

Herr Dr. Klaus-Uwe Gunold	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Pete Heuer	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Björn Teuteberg	FDP	entschuldigt
Herr Hannes Püschel		nicht teilgenommen

sachkundige Einwohner

Frau Claudia Mucha	SPD	entschuldigt
Herr Kai Weber	SPD	entschuldigt

Gäste:

Herr Goetzmann (Stadtplanung und Stadterneuerung)
Herr von Einem (Radverkehrsbeauftragter)
Herr Praetzel (Grün- und Verkehrsflächen)
Herr Drews (Verkehrsmanagement)
Herr Domnick (Beteiligungsmanagement)
Herr Kühn (Sanierungsträger Stadtkontor)

Niederschrift:
Frau Kropp

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 16.10.2012 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Brücke über die Nutheschnellstraße (Wiedervorlage)
Vorlage: 12/SVV/0596
Fraktion DIE LINKE

 - 3.2 Seegrundstück Neu Fahrland
Vorlage: 12/SVV/0584
Fraktion CDU/ANW, Fraktion B90/Die Grünen

 - 3.3 Neubau eines Feuerwehr-Gerätehauses im Ortsteil Marquardt

Vorlage: 12/SVV/0598
Fraktion DIE LINKE
FA (ff)
auch Werksausschuss KIS

- 3.4 Wegerecht "Siemensvilla" in Neu Fahrland
Vorlage: 12/SVV/0585
Fraktion CDU/ANW
- 3.5 Ortsüblicher Ausbau der Lindstedter Straße
Vorlage: 12/SVV/0602
Fraktion DIE LINKE
auch OBR Eiche
- 3.6 Radweg Friedrich-Engels-Straße
Vorlage: 12/SVV/0599
Fraktion DIE LINKE
- 3.7 Radwege auf der südlichen Heinrich-Mann-Allee
Vorlage: 12/SVV/0614
Fraktionen SPD, CDU/ANW
- 3.8 Mischparken in der Potsdamer Innenstadt
bzgl. 11/SVV/0641
Vorlage: 12/SVV/0589
Oberbürgermeister, FB Grün-und Verkehrsflächen
- 3.9 Kostenlose Nutzung des ÖPNV
Vorlage: 12/SVV/0528
Oberbürgermeister
- 3.10 Ständige Ausstellung Stadtentwicklung (Zwischenbericht) bzgl. DS
11/SVV/0316
Vorlage: 12/SVV/0640
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 27.09.2012
bis 10.10.2012 sowie Beantwortung der Nachfragen aus der Sitzung vom
16.10.2012

4.2 BE zur Umgestaltung Schulstraße
FB Stadtplanung und Stadterneuerung

5 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Frau Hüneke entschuldigt den Ausschussvorsitzenden, Herrn Kutzmutz, und übernimmt die Sitzungsleitung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 16.10.2012 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Die Eröffnung der Sitzung erfolgt durch die Ausschussvorsitzende.

Die Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen vom 16.10.2012 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 6 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen bestätigt.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung erfolgen keine Änderungswünsche; Anträge auf Rederecht liegen nicht vor.
Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Brücke über die Nutheschneelstraße (Wiedervorlage) Vorlage: 12/SVV/0596 Fraktion DIE LINKE

Herr Jäkel berichtet, dass die Verständigung innerhalb der Fraktion erfolgt ist und dem Vorschlag zur Umformulierung von Herrn Lehmann aus der vergangenen Sitzung gefolgt wird.

Auf Nachfrage bestätigt Herr Jäkel, dass damit keine Kostenerhöhung anfallen wird.

Der vom Antragsteller veränderte Beschlusstext wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass die Bauabläufe zur Sanierung der Humboldtbrücke und zur Weiterführung der Sanierung der Nutheschnellstraße so gestaltet werden, dass der geplante Abriss der Brücke von Zentrum Ost über die Nutheschnellstraße erst, ~~zum Ende der Bauarbeiten (voraussichtlich 2015)~~ **wenn es der Bauablauf zwingend erfordert**, erfolgt. Über den Stand der Realisierung dieses Auftrages ist die Stadtverordnetenversammlung im Dezember 2012 zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	1

zu 3.2 Seegrundstück Neu Fahrland

Vorlage: 12/SVV/0584

Fraktion CDU/ANW, Fraktion B90/Die Grünen

Herr Lehmann bringt den Antrag ein und bittet die Terminstellung von November 2012 auf Januar 2013 zu ändern.

Herr Goetzmann (Stadtplanung und Stadterneuerung) berichtet stellvertretend für den für Grundstücksangelegenheiten zuständigen Fachbereich Recht, dass es sich bei dem im Antrag ausgewiesenen Flurstück nicht um ein städtisches Grundstück handelt. Das Flurstück 3 der Flur 4 der Gemarkung Neu Fahrland ist am Fahrländer See. Mit dem Antrag war vermutlich ein Grundstück am Lehnitzsee gemeint? Das im Antrag angesprochene Grundstück ist Sumpf und damit nicht als Badewiese geeignet.

Herr Lehmann dankt für die Informationen und **stellt den Antrag** bis zur Klärung der korrekten Flurstücksbenennung **zurück**.

zu 3.3 Neubau eines Feuerwehr-Gerätehauses im Ortsteil Marquardt

Vorlage: 12/SVV/0598

Fraktion DIE LINKE

FA (ff)

auch Werksausschuss KIS

Herr Jäkel bringt den Antrag ein und berichtet, dass es zwischenzeitlich eine Beratung zwischen der Feuerwehr und dem Kommunalen Immobilien Service (KIS) gegeben hat. Durch den KIS ist eine Haushaltsstelle eingerichtet worden, welche

auf andere Art und Weise die Umsetzung des Antrages zeitnah ein Feuerwehr-Gerätehaus zu bauen, ermöglicht.

Herr Jäkel bittet, die schriftlich vorliegende Stellungnahme des KIS zu Protokoll zu nehmen:

"Sehr geehrte Damen und Herren,
bezüglich der DS 12/SVV/0598 bestätige ich Ihnen, dass der KIS die Baumaßnahme Feuerwehr-Gerätehaus im Ortsteil Marquardt in seinem Wirtschaftsplan für die Jahre 2014 und 2015 mit jeweils 200 T€ vorgesehen hat. Dies bedeutet, dass die Maßnahme 2015 abgeschlossen sein wird. Der Wirtschaftsplan 2012 wurde am 04.04.2012 mit DS Nr. 11/SVV/0949 durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen.

Weiterhin wäre noch anzumerken, dass die im Antrag vorgeschlagene Variante eines ÖPP-Verfahrens auf Grund der umfangreichen Prüf- und Genehmigungspflichten nicht schneller und wirtschaftlicher umgesetzt werden kann.

Insofern dürfte sich der Antrag inhaltlich erledigt haben. Im Finanzausschuss, im KOUL-Ausschuss und im Werksausschuss KIS wurde der Antrag jeweils zurück gestellt.

Mit freundlichen Grüßen

gez. B. Richter

Werkleiter"

Damit erklärt Herr Jäkel den Antrag als **durch Verwaltungshandeln erledigt**.

zu 3.4 Wegerecht "Siemensvilla" in Neu Fahrland

Vorlage: 12/SVV/0585

Fraktion CDU/ANW

Herr Lehmann bringt den Antrag ein und berichtigt, dass nicht das Ufer des Krampnitzsees gemeint ist, sondern das des Lehnitzsees.

Herr Goetzmann (Stadtplanung und Stadterneuerung) teilt mit, dass er auch hier stellvertretend für den Fachbereich Recht informiert. Über das mit dem Antrag erbetene Prüfergebnis ist bereits mit der Beantwortung der Anfrage 12/SVV/0553 informiert worden.

Herr Lehmann bittet die v.g. Beantwortung dem Protokoll beizufügen und **zieht den Antrag zurück**.

zu 3.5 Ortsüblicher Ausbau der Lindstedter Straße

Vorlage: 12/SVV/0602

Fraktion DIE LINKE

auch OBR Eiche

Herr Jäkel berichtet aus der Beratung im Ortsbeirat am 29.09.2012 und bringt folgenden geänderten Antrag ein:

"Die StVV möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Anliegern der Lindstedter Straße im Ortsteil Eiche mitzuteilen, dass die Planungen zum Bau einer Straßenbahntrasse durch die Lindstedter Straße nicht weiter verfolgt werden.

Darüber hinaus wird er beauftragt, im März 2013 einen Ausbau der Straße in ortsüblicher Ausführungsform mit Fahrbahn plus Gehweg zur Anhörung zu bringen."

Herr Jäkel begründet das Erfordernis einer erneuten Anhörung mit dem Wunsch der Anlieger

- nach Befestigung der Straße
- dem Erhalt des Gehweges
- einer ortsüblichen Ausbauf orm.

Herr Praetzel (FB Grün- und Verkehrsflächen) berichtet, dass 60 Anlieger befragt worden sind, 36 haben sich gegen die Maßnahme ausgesprochen, 24 haben ein positives Votum abgegeben (5 auf schriftlichem Wege; von 19 Anliegern erfolgte keine Rückmeldung, was als Zustimmung zu werten ist).

Herr Praetzel gibt Erläuterungen zu erforderlicher Fahrbahnbreite, Entwässerung und Stellplatzfragen.

In diesem Zusammenhang verweist Herr Praetzel auf die erforderliche Planungssicherheit. Er ergänzt, dass eine regelmäßige Zustandsbeurteilung der Straße erfolgt und Gefahrenabwehrmaßnahmen vorgenommen werden.

Herr Jäkel betont, dass mit dem Antrag keine Vorfixierung der Breite gefordert, sondern vielmehr darum gebeten wird, eine ortsübliche Ausführungsform plus Gehweg zur Anhörung zu bringen. Es besteht das Interesse an einer moderaten Ausbauf orm. Das Problem mit der Investitionsplanung ist den Anliegern bekannt. Wenn im Frühjahr ein Vorschlag für einen möglichen Ausbau skizziert wird, gibt es ggf. die Zustimmung der Anlieger in Vorkasse zu gehen.

Herr Goetzmann (FB Stadtplanung und Stadterneuerung) erinnert an die aktuelle Diskussion zum Stadtentwicklungskonzept (STEK) Verkehr und bittet verschiedene Themen nicht miteinander zu vermengen. Herr Goetzmann rät davon ab, der Stadtverordnetenversammlung ein Vorweggreifen auf das STEK Verkehr zu empfehlen und bittet den Antragsteller, den 1. Satz (...Planungen zum Bau einer Straßenbahntrasse durch die Lindstedter nicht weiter verfolgt werden.) zu streichen.

Nach weiteren Äußerungen verschiedener Ausschussmitglieder unterbreitet Herr Klipp folgenden Vorschlag zum Verfahren:
Da es sich hier um keine akute Gefahrenstelle handelt, sollte der Antrag zurück gestellt werden, bis der Beschluss der STVV zum STEK-Verkehr gefasst ist. Anschließend könne man sich dem Thema Ausbau der Lindstedter Straße nochmals widmen.

Herr Jäkel fasst nochmals zusammen, dass die schrittweise Befestigung schon zu lange andauert; die Anlieger an einem ortsüblichen Ausbau interessiert sind, die Möglichkeit zum Einbau der Straßenbahntrasse nicht gesehen wird. Wenn die Mehrheit der Ausschussmitglieder einverstanden ist, stellt Herr Jäkel den Antrag nochmals um einen Monat zurück.

zu 3.6 Radweg Friedrich-Engels-Straße
Vorlage: 12/SVV/0599
Fraktion DIE LINKE

Herr Jäkel bringt den Antrag ein.

Herr von Einem (Radverkehrsbeauftragter) informiert anhand einer Präsentation (sh. Anlage), dass die Friedrich-Engels-Straße zwischen dem Zentralen Omnibusbahnhof und der Zufahrt zur MAZ grundhaft ausgebaut werden soll (basierend auf einem Beschluss der STVV), wobei unter anderem straßenbegleitend separate breite Geh- und Radwege geplant sind. Die Maßnahme ist in der Investitionsplanung 2016 enthalten. Die Gesamtkosten betragen ca. 2 Mio. €.

Zwischen der Schlaatzstraße und dem Schlaatzweg wird der Radverkehr schon seit Jahren ohne Radverkehrsanlage auf der Fahrbahn geführt. Diese Führung wurde nun auch für den anschließenden weiteren Verlauf als Zwischenlösung vorgenommen, da der vorhandene Radweg zwischen dem Schlaatzweg und der MAZ Schäden durch Absackungen aufwies. Dieser wurde deshalb zurückgebaut und begrünt, weil die notwendige Instandsetzung unwirtschaftlich unter dem Aspekt des o.g. geplanten Ausbaus zu sehen ist und mit der Markierung von Schutzstreifen eine verkehrssichere Alternative geschaffen werden konnte. Durch den Rückbau des alten Radweges zwischen dem Schlaatzweg und der MAZ ist es möglich, die geplante Erneuerung der Straßenbeleuchtung vorzunehmen. Diese Maßnahme ist KAG-pflichtig; die Anhörung ist für Januar 2013 geplant.

Frau Hüneke hält den Rückbau für unverhältnismäßig.

Verschiedene Ausschussmitglieder äußert, dass sie die Abmarkierung für eine geeignete und für den Radfahrer sichere Lösung halten, da der Radfahrer als Verkehrsteilnehmer stärker von den Kraftfahrern wahrgenommen wird.

Die Kosten für eine etwaige Wiederherstellung des Radweges betragen ca. 60 T€ informiert Herr Goetzmann (Stadtplanung und Stadterneuerung).

Herr Klipp bestätigt, dass es vom zeitlichen Ablauf nicht 100%ig optimal gelaufen sei. Es macht jedoch wenig Sinn für die nächsten 3 Monate den Radweg wieder herzustellen, um dann für den Einbau der Straßenbeleuchtung wieder entfernt zu werden.

Herr Jäkel stellt nach Abschluss der Diskussion folgenden geänderten Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **für** den kürzlich entfernten separaten Radweg neben der Friedrich-Engels-Straße in stadtauswärtiger Richtung zwischen Schlaatzweg und Abzweig Nuthestraße **baldmöglichst wieder einen**

Radweg wieder herstellen zu lassen. Zur Förderung des Radverkehrs sind insbesondere an stark befahrenen Straßen alle sinnvollen Möglichkeiten für gesonderte und nur Radfahrern gewidmete Verkehrsflächen auszuschöpfen, bevor Radfahrer auf die Fahrbahnen von Straßen gedrängt **oder geleitet** werden. Über die ~~eingeleiteten~~ **geplanten** Maßnahmen ist die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung im ~~November 2012~~ **März 2013** zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	3
Stimmhaltung:	2

zu 3.7 Radwege auf der südlichen Heinrich-Mann-Allee

Vorlage: 12/SVV/0614

Fraktionen SPD, CDU/ANW

Herr Lehmann bringt den Antrag ein.

Herr von Einem (Radverkehrsbeauftragter) empfiehlt, dem Antrag zuzustimmen. Er berichtet, dass im Zuge der Vorplanung der Radroute C in Abstimmung mit dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen die Führung des Radverkehrs in der Nebenanlage der Heinrich-Mann-Allee geplant sei. Die Umsetzung des Prüfungsauftrages macht Sinn, weil sie mit den Grundsätzen der Radverkehrsstrategie übereinstimmt und für die RadfahrerInnen bessere Verkehrsmöglichkeiten schafft. Geprüft wird dabei die Möglichkeit der Anordnung von Radfahrstreifen beidseitig auf der Heinrich-Mann-Allee zwischen An der Alten Zauche und dem Bahnhof Potsdam-Rehbrücke. Die derzeitige Verkehrsbelastung der Heinrich-Mann-Allee lässt eine Führung des Radverkehrs auf der Fahrbahn mit Schutzstreifen oder Radfahrstreifen zu. Es würden in der Prüfung die notwendigen Fahrbahnbreiten, die Fahrstreifenaufteilung, die Leistungsfähigkeit der betreffenden Kreuzungen sowie der Umgang mit Bestandswegen betrachtet. Die Berichterstattung könnte im Frühjahr 2013 zusammen mit der jährlichen Vorstellung der Radverkehrsmaßnahmen erfolgen.

Die Ausschussvorsitzende schlägt vor, das Prüfergebnis direkt im SB-Ausschuss vorzustellen.

Herr Jäkel beantragt folgende Ergänzung an den 1. Absatz:

Anzulegen, oder/und wie die Oberflächenqualität der vorhandenen Radwege verbessert werden kann.

Herr Lehmann übernimmt die Ergänzung von Herrn Jäkel, einschl. dem Hinweis auf BE im SB-Ausschuss und dem Terminvorschlag März 2013.

Frau Hüneke spricht sich gegen diese Ergänzung aus.

Herr Pfrogner äußert, dass er diese Strecke regelmäßig nutzt und keine Probleme sieht. Die Anregung ggf. streckenweise den Radweg als Zweirichtungsradweg auszuweisen, nimmt die Verwaltung auf. Die Prüfung müsse durch die Straßenverkehrsbehörde erfolgen.

Frau Schulze bittet die Rückstauproblematik von Rehbrücke zu beachten.

Der durch den Antragsteller geänderte Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, inwieweit auf dem südlichen Teil der Heinrich-Mann-Allee ab der Kreuzung „An der alten Zauche“ bis zum Bahnhof Rehbrücke die Zahl der Richtungsfahrspuren wieder auf jeweils eine reduziert werden kann, um für beide Richtungen Radwege auf dem bisherigen Straßenbaukörper anzulegen, **oder/und wie die Oberflächenqualität der vorhandenen Radwege verbessert werden kann.**

Das Ergebnis der Prüfung ist **im Ausschuss für Stadtplanung und Bauen im März bis Februar 2013** vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	9
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

**zu 3.8 Mischparken in der Potsdamer Innenstadt
bzgl. 11/SVV/0641**

Vorlage: 12/SVV/0589

Oberbürgermeister, FB Grün-und Verkehrsflächen

Herr Drews (Verkehrsmanagement) informiert zur Thematik.

Diskussionsbedarf besteht nicht.

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

zu 3.9 Kostenlose Nutzung des ÖPNV

Vorlage: 12/SVV/0528

Oberbürgermeister

Herr Domnick (Beteiligungsmanagement) informiert detailliert über das Prüfergebnis.

Herr Jäkel hält für bedenklich, dass eine 3Tage-PR-Aktion nicht durchgeführt wird. Seiner Meinung nach gebe es, um eine Benachteiligung der ständigen Nutzer (mit Jahres-/Monatstickets etc.) auszuschließen, andere Möglichkeiten. Er hält Steigerungen der Attraktivität des ÖPNV für möglich und kündigt an, ggf. zu gegebener Zeit einen entsprechenden Antrag zu stellen.

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

zu 3.10 Ständige Ausstellung Stadtentwicklung (Zwischenbericht) bzgl. DS 11/SVV/0316
Vorlage: 12/SVV/0640
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Goetzmann (Stadtplanung und Stadterneuerung) informiert auf Nachfrage von Herrn Jäkel, dass auch die Prüfung der Räumlichkeiten der Stadt- und Landesbibliothek zur Eingliederung der Ständigen Ausstellung Stadtentwicklung, einschließlich des Modells als zusätzliche Option bereits im Prüfungsumfang enthalten sind.

Frau Schulze nimmt Bezug auf den letzten Satz der MV und erkundigt sich, ob der Termin Dezember 2012 realistisch in der Umsetzung ist.

Herr Goetzmann macht deutlich, dass dies das Ziel der Verwaltung sei.

Herr Klipp ergänzt, dass es sich hier offensichtlich um eine schwierige Frage handelt. Dazu ist die Konsensfindung in der Verwaltung erforderlich, welche nicht nur vom eigenen Geschäftsbereich abhängig ist.

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 27.09.2012 bis 10.10.2012 sowie Beantwortung der Nachfragen aus der Sitzung vom 16.10.2012

Aus der Liste vom 27.09.2012 bis 10.10.2012 wird um Vorstellung folgender Vorhaben gebeten:

Lfd. Nr. 11 Schiffbauergasse 3, 2

Lfd. Nr. 21 Wildeberstr.

Lfd. Nr. 23 Heinrich-Mann-Allee 3, 4, 5, 6
Lfd. Nr. 16, 17 und 18 Hans-Sachs-Str. 15 bis 27
(nur wenn es sich um Vorderhäuser handelt)

Die nachgefragte Planstraße A, Aktenzeichen 3498-2012-36, lfd. Nr der Liste 28 befindet sich in Bornim im Bereich der Rückertstraße / Hügelweg. Es geht um die Errichtung einer Privatstraße.

Die Vorstellung der v.g. Vorhaben wird in der Sitzung am 27.11.2012 erfolgen.

Herr Beck (Bauordnung) stellt die in der Sitzung am 16.10.2012 nachgefragten Vorhaben vor und geht auf Rückfragen der Teilnehmer ein.

zu 4.2 BE zur Umgestaltung Schulstraße FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Kühn (Stadtkontor –Sanierungsträger Babelsberg) informiert anhand einer Präsentation (sh. Anlage) über die geplante Maßnahme und geht auf verschiedene Rückfragen der Ausschussmitglieder ein. So informiert er u.a., dass 6 Bäume zur Fällung vorgesehen sind. Im Moment gibt es dort 17 Bäume; im Nachgang der Maßnahme sind 29 Bäume, vorwiegend Winterlinden, vorgesehen. Ziel ist die durchgängige Wiederherstellung der Allee. Die Planung erfolgt gemeinsam mit der EWP. Die Straßenbeleuchtung wird parallel erneuert. Der Baubeginn ist für März 2013 vorgesehen mit einer Bauzeit von einem Jahr. Eine Bürgerversammlung ist durchgeführt worden. Darin wurde vereinbart, die Anordnung der Bäume und Parkbuchten nochmals zu optimieren.

Die Veröffentlichung wird im Internet erfolgen. Das Tempo 30 bleibt.

Die Kosten belaufen sich auf ca. 650 T€ brutto – Städtebauförderung 80:20.

Die Ausschussvorsitzende dankt für die Information.

zu 5 Sonstiges

Frau Hüneke bittet weiterhin die Mitglieder des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen über die Sitzungen des Gestaltungsrates zu informieren.

Herr Kirsch spricht nochmals die geplante Baumaßnahme in der Friedrich-Ebert-Straße an. Insbesondere zum 1. Abschnitt bittet er um Information, ob es hinsichtlich der Auswirkungen auf die Gewerbetreibenden neue Ergebnisse gibt.

Die Information wird in der nächsten Sitzung erfolgen.

Saskia Hüneke
Stellv. Ausschussvorsitzende

Viola Kropp
Niederschrift